

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

5. Dezember 1925

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermann-Brosch Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Das Kumpfkabinett demissioniert.

Hindenburg beruft die Parteiführer.

Das Reichskabinett trat heute 11 Uhr vormittag zusammen, um zunächst noch einige schwebende Fragen zu erledigen, wozu auch die Staatssekretäre und einzelne Referenten zugezogen wurden. Danach soll das Kabinett programmgemäß seinen Rücktritt beschließen, der vom Reichskanzler dem Reichspräsidenten angezeigt werden wird.

Der Reichspräsident dürfte sodann, ehe er eine Entschlüsselung sät, die Verhandlungen mit den Parteiführern aufnehmen.

Vom demokratischen Parteitag.

Der Anti-Katholizismus Hellpachs.

In einem auf dem Demokratischen Parteitag erstatteten Referat über „Geistesfreiheit und Christentum in ihrem Verhältnis zum germanischen Volkstum und zum demokratischen Staat“ suchte der bisherige badische Staatspräsident Hellpach darzulegen, daß das demokratische Staatsgefühl eigentlich germanischen Ursprungs sei. Allerdings verbürge das germanische Wesen noch nicht einen natürlichen Gehalt der Demokratie. Etwas gesehen sei die Demokratie der Sprößling eines Elternpaars: der strenge Vater sei der Protestantismus, die mildere Mutter die vernunftgläubige Humanität. Die katholische Kirche sei ihrem inneren Wesen nach der geistigen Freiheit feindlich. So viele Elemente innerhalb des Katholizismus auch nach Geistesfreiheit drängten, im Grunde bleibe dieses Streben doch zur Unfruchtbarkeit verdammt. In der protestantischen Glaubenslehre sieht Hellpach dagegen den geistigen Niederschlag demokratischer Tendenzen. Auf die Gegenwart übertragen sieht Hellpach in dem Kampf des Zentrums gegen die Simultanakademie den Kampf, gegen die Demokratie auf schulpolitischen Gebiete.

Diese Ausführungen Hellpachs blieben nicht ohne Widerspruch. Der Vorsitzende Abg. Koch suchte den peinlichen Eindruck der Ausführungen dadurch abzumildern, daß er erklärte, die Versammlung liege den Darlegungen bereitwillig gefaßt, auch da, wo sich bei den Hörern an einzelnen Stellen ein gewisser Widerstand regen möchte. Das gelte vielleicht in erster Linie für die Würdigung der sozialen Einstellung des Katholizismus, die einen erheblichen Vorwurfsbezug gegenüber der starren Einstellung des Protestantismus zu „Thron und Altar“.

Trotzdem die Aussprache über Hellpachs Rede ebenso wie die über zwei weitere Referate erst am Sonnabend erfolgen soll, nahm zum Schluß der Freitagssitzung doch noch der Abg. Heuß das Wort, um gegen gewisse Äußerungen Hellpachs Einspruch zu erheben. Heuß erklärte, er habe das Bedürfnis, auszusprechen, daß er ganze Parteien dieses Referats für falsch und auch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nicht für richtig halte. Obwohl er bewusster Protestant sei, habe er die Empfindung gehabt, daß Hellpach den Protestantismus falsch sehe, weil er nur die angefechtene Form des Calvinismus im Auge habe, und daß er andererseits auch den Katholizismus nicht so sehe, wie er ist. Er übersehe vor allem bei dem Protestantismus die Aufspaltung Luthers und die Auswirkungen des Lutherismus. Beim Bauernkrieg habe sich Luther aus politischen Gründen gegen die populäre Bewegung gestellt. Die weitere Entwicklung des Lutherismus habe dann das Staatskirchentum gebracht. Es ist die Frage, ob die protestantische Kirche in der Gegenwart eine demokratische Stellung annehmen wird, oder ob sie den Weg der Klerikalisierung geht. Das Letztere ist gar nicht einmal unwahrscheinlich. Der Redner betonte dann, daß man einen großen Unterschied machen müsse zwischen dem Katholizismus als kirchlicher Wissenschaft und als politischer Religion. In der Praxis bestehe in der katholischen Kirche ein ganz bedeutendes demokratisches Element in dem Aufsteigen von unten nach oben. Ein Gebot der Gerechtigkeit sei es, anzuerkennen, daß der deutsche Katholizismus das geistige und kulturelle Leben dauernd außerordentlich befruchtet habe. Gerade als Protestant glaube er sich verpflichtet, gegen diese Darlegungen Hellpachs zu protestieren.

In der am Sonnabend fortgesetzten Aussprache über die kulturpolitischen Vorträge betonte Hellpach in seinem Schlußwort, daß einige seiner Äußerungen mißverständlich aufgefaßt worden seien. Der Parteivorsitzende Abg. Koch sagte dann das Ergebnis der kulturpolitischen Debatte dahin zusammen, daß die Anhänger aller Konfessionen in der Demokratie eine gute Basis haben, sich politisch, sozial und kulturell zu betätigen.

Sodann nahm Abgeordneter Koch das Wort zu seinem politischen Vortrag „Erstreben und Erreichung“:

Wir bekennen uns nicht zum Frieden, weil wir waffenlos sind, sondern weil wir glauben, daß nur im Frieden Deutschland wieder aufsteigen und sich seinen Platz im Rate der Völker sichern kann. Das bedeutet nicht etwa, daß wir den Frieden von Versailles als eine gerechte Grundlage für das Zusammenleben von europäischen Völkern anerkennen, sondern daß wir es für die Aufgabe unserer Unterhändler ansehen, den anderen Völkern klarzumachen, daß die heutige Behandlung Deutschlands unwürdig ist, daß der Friedensvertrag von Versailles abgeändert werden muß, und daß die zerstückelten Grenzen Deutschlands, namentlich im Osten, unerträglich sind.

Durch den Rücktritt der Deutschnationalen steht Deutschland vor einer neuen Regierungskrise. Doch eine Partei für Locarno gestimmt hat, gibt ihr kein Verdienst. Ein Verdienst ist es erst, Locarno durchzuführen. Eine Minderheitsregierung ist dazu nicht imstande. Sie ist auch schwerlich imstande, Deutschland über diesen schweren Winter hinwegzubringen. Sie erscheint uns deshalb

als unerträglich. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß nur eine große Koalition regieren kann, und sind bereit, uns unter Zurückstellung aller sachlichen und persönlichen Wünsche in sie einzuordnen. Wir müssen das aber auch von den anderen Parteien verlangen. Das Zentrum steht auf unserem Standpunkt. Aber das Zögern der Deutschen Volkspartei, die mit ihrem vorweggenommenen Versuch, die Deutschnationalen auf eine verständige Linie zu bringen, so häufig gescheitert ist, erscheint unverständlich. Jeder Tag, den sie zögert, ist bedenklich und erhöht das Mißtrauen auf der anderen Seite. Aber auch die Sozialdemokraten stehen vor einer gefährlichen Entscheidung.

Will die Sozialdemokratische Partei sich solange aufsparen, bis sie allein die Mehrheit hat, so werden die Mittelparteien einer solchen Kursänderung der Sozialdemokraten ihren Widerstand entgegenzusetzen müssen. Unsere ganze Politik ist seit Jahren darauf gerichtet, die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeitertum, an der unser Staat zugrunde geht, durch die Teilnahme der Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei an der Führung unserer Außen- und Innenpolitik zu schließen. Die Sozialdemokratie kann verlangen, daß ihr alle sachlichen und persönlichen Garantien für die Dauerhaftigkeit ihrer Teilnahme gegeben werden. Schließt sie sich aber grundsätzlich von dieser Teilnahme selber aus, so desavouiert sie damit ihre und unsere bisherige Politik.

Die Räumung Kölns.

Köln, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Räumung Kölns vollzieht sich weiter in durchaus normaler Form. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, waren bis Freitagabend aus der Kölner Zone 510 Mann mit 45 Offizieren abgerückt. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Infanterieabteilungen. Größere geschlossene Kavallerieabteilungen sind aus Köln noch nicht abgerückt, weil im Wiesbadener Bezirk Untertunsmöglichkeiten bisher nur in sehr beschränkter Maße vorhanden sind, und Stellungen erst in größerem Umfange bereitgestellt werden müssen.

Der Senat für Loucheurs Inflationsgesetz.

Große Mehrheit.

Paris, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In vorgerückter Nachtstunde schritt der Senat nach einer Rede Briands zur Beratung der Einzelartikel des Inflationsgesetzes. Die ersten drei Artikel der Vorlage wurden durch Handaufheben angenommen, ebenso Artikel 5, der die Erhöhung des Notenumlaufs vorsieht. Der Inflationssanktionsartikel fand Annahme mit 196 gegen 59 Stimmen. Darauf wurde der gesamte Gesetzentwurf mit 205 gegen 26 Stimmen angenommen. Ein großer Teil der Senatoren enthielt sich der Stimme.

Paris, 5. Dezember. (Ill.) Briand sagte in seiner Rede: „Wenn wir vor einer neuen Inflation stehen und die neuen Steuern beantragen, so geschieht dies, weil ein anderer Weg nicht möglich ist. Durch die Ausarbeitung erfindungsreicher Steuersysteme wäre es vielleicht gelungen, in absehbarer Zeit eine neue Einnahmequelle für den Staat zu schaffen, doch benötigen wir sofort die Mittel, um die bevorstehenden Fälligkeiten erfüllen zu können. Ich bin ein überzeugter Gegner der Konsolidierung und auch der Inflation, aber die Inflation ist in diesem Augenblick unumgänglich und keine andere Regierung hätte hier anders handeln können. Man sehe die Dinge zu schwarz. Viele stehen außer acht, daß die gegenwärtige Lage nur eine Folge des vierjährigen Krieges sei. Frankreich habe ferner zu Wiederaufbau zwecken 70 Milliarden ausgeben müssen. Man dürfe das Vertrauen in die Vitalität Frankreichs nicht zerstören. Jede Verminderung der Gemüter, wie z. B. durch gewisse Zettlungsartikel, die danach angetan seien, das Mißtrauen zu verstärken, müsse unterbunden werden.“

Anschließend gab Millerand, der frühere Präsident, eine kurze Erklärung ab. Er wurde von den sozialistischen und radikalen Senatoren mit den lärmenden Ausrufen „Verräter, Renegat, Schuft“ usw. begrüßt. Millerand begnügte sich mit der Feststellung, daß die Inflationssanktionen bewilligt werden müßten, unter der Voraussetzung, daß die Regierung sich zu einer Politik der nationalen Einigung und des republikanischen Wirkens entschließen wolle. Die Erklärung Millerands wurde durch Zwischensprüche unterbrochen. Als er die Tribüne verließ, erlitt nur schwacher Beifall.

Zustverkehr Deutschland - Frankreich.

Paris, 5. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französischen Luftschiffverhandlungen, die gegenwärtig in Paris geführt werden, befaßten sich noch nicht mit der Revision der deutsch-französischen Vertrag von Versailles auferlegten Beschränkungen für Flugzeuge und Luftschiffe. Diese Frage gehört vielmehr zur Kompetenz der Botschafterkonferenz und wird voraussichtlich demnächst eine den Wünschen Deutschlands entgegenkommende Regelung finden.

In den augenblicklich geführten Besprechungen handelt es sich vielmehr darum, in der Zwischenzeit eine Grundlage zu finden für einen direkten Luftverkehr zwischen Deutschland und Frankreich. Frankreich ist bereit, gegen die Aufhebung des von der deutschen Regierung gegen die französische Luftfahrt erlassenen Verbots, das deutsche Reichsgebiet zu überfliegen, deutsche Piloten und Apparate in den besetzten Gebieten zuzulassen. (Nicht in Frankreich? D. Red.) Man hofft auf diese Weise, schon binnen kurzem eine direkte Fluglinie Berlin-Paris einzurichten.

„Keine Aussicht!“

Für die Große Koalition.

Die Deutsche Volkspartei hat sich bisher beharrlich geweigert, zu dem Wunsch des Zentrums und der Demokraten, eine Große Koalition zu bilden, Stellung zu nehmen. Jetzt bricht ihr Berliner Organ, die „Tägliche Rundschau“, das Schweigen durch die folgenden Ausführungen:

Nach der Berufung (Luthers durch Hindenburg, Red. d. V.) wird es sich darum handeln, durch Besprechungen in den Parteien eine Basis für die Regierungsbildung zu finden. Erst dann wird sich auch mit Bestimmtheit feststellen lassen, wie die einzelnen Fraktionen sich zur Frage ihrer Beteiligung an der Regierung verhalten. Die Sozialdemokraten treten am kommenden Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Sie sind nach ihren bisherigen Beschlüssen in ihrer Mehrheit Gegner einer Übernahme der Regierungsverantwortung. Wie es heißt, wollen sie in ihrer Sitzung am Dienstag ein Programm aufstellen, das in erster Linie soziale und wirtschaftliche Forderungen enthält und das dann den anderen Parteien als Voraussetzung einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten präsentiert werden soll. Es besteht natürlich keine Aussicht, auf diese diktatorische Weise weiter zu kommen. Da andererseits die Deutschnationalen sich durch ihre Nichtanerkennung der Verträge von Locarno von der Regierungsteilnahme selbst ausgeschlossen haben, so hält man nach wie vor die Koalition der anderen bürgerlichen Parteien für die zurzeit einzig mögliche und deshalb wohl auch wahrscheinlichste Lösung.

Es ist nicht richtig, daß die Sozialdemokraten „in ihrer Mehrheit Gegner einer Übernahme der Regierungsverantwortung sind“. Die „Tägl. Rundschau“ wirft da absichtlich zwei verschiedene Dinge durcheinander. Die Sozialdemokratie hat wiederholt bewiesen, daß sie vor der Übernahme der Verantwortung nicht zurückschreckt, sie hat vielmehr auch in dieser Beziehung besonders in Zeiten der höchsten Not und Gefahr ihre Pflicht gegenüber dem Volke erfüllt. Sie bleibt in Zukunft jederzeit bereit, die äußere Verantwortung für eine Regierung zu übernehmen, für deren Handlungen sie auch innerlich vor ihrem eigenen Gewissen die Verantwortung übernehmen kann.

Für die Sozialdemokratie stellt sich also bei jeder neuen Regierungsbildung die Frage so, wie sie am besten den Massen des arbeitenden Volkes dienen kann: durch Teilnahme an der Regierung, durch abwartendes Verhalten oder durch entschiedene Opposition. So und nicht anders stellt sich die Frage auch diesmal. Die ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik der bisherigen Rechtsregierung hat sich als durchaus verfehlt erwiesen; ihr Verfall ist so offensichtlich, daß es heute sogar von den Unternehmern zugegeben wird, die den Rechtskurs bisher stützten. Es ist also ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie an eine Beteiligung an der Regierung gar nicht denken kann, wenn der bisherige Regierungskurs nicht gründlich geändert wird.

Oder kann irgend ein Mensch mit gesunden Sinnen sich vorstellen, die bisherige Innenpolitik könnte unverändert weiter gerieben werden von einer Regierung, in der statt der Deutschnationalen die Sozialdemokraten sitzen?

Die Sozialdemokratie hat sich zur Regierungsfrage rein sachlich gestellt. Sie hat die Frage, mit welchen Parteien zusammen zu arbeiten ihr zugemutet wird, hinter die Frage zurückgestellt, welche Änderungen des bisherigen Kurses nötig wären, wenn der Eintritt in die Regierung für sie überhaupt in Betracht kommen sollte. Die „Tägliche Rundschau“ steht also wahrscheinlich ganz richtig voraus, wenn sie annimmt, die kommenden Beratungen des Parteiaussschusses und der Reichstagsfraktion am nächsten Dienstag und Mittwoch würden sich auf diese sachliche Frage konzentrieren.

Davon will aber das Organ der Volkspartei nichts wissen. Es erklärt, daß „natürlich keine Aussicht besteht, auf diese diktatorische Weise weiter zu kommen“. Wenn also eine Partei, die von anderen Parteien aufgefordert ist, sich an der Regierung zu beteiligen, in Erwägungen darüber eintritt, welches Programm eine mit ihr gemeinsam zu bildende Regierung haben müßte, so ist das für das Organ der Volkspartei „eine diktatorische Weise“, mit der überhaupt nicht weiterzukommen ist.

Uns will scheitern, daß die Diktatoren auf der anderen Seite sitzen. Die Volkspartei hält es für selbstverständlich, daß sie an der kommenden Regierung beteiligt sein muß, daß eine Regierung der Mitte gebildet wird und daß die anderen bürgerlichen Parteien, die ganz andere Pläne verfolgen, sich dieser höheren Einsicht zu fügen haben.

Und diese höhere Einsicht waltet nicht nur für heute, sie wirkt auch als Vorlesung für den kommenden Tag. Man beachte, wie vorsichtig die „Tägliche Rundschau“ die Gründe für die Nichtbeteiligung der Deutschnationalen an der neuen Regierung umschreibt. Die Deutschnationalen haben sich selbst aus der Regierung ausgeschlossen, nicht weil sie die Verträge von Locarno abgelehnt haben, sondern weil sie ihnen die Anerkennung verweigerten. Die Deutschnationalen brauchen also nur die Gnade zu haben, den Abschluß der Verträge als eine vollzogene geschichtliche Tatsache anzuerkennen, um ihren Selbstausstieg aus der Regierung rückgängig zu machen.

Die Volkspartei will die Rechtsregierung vorläufig ohne die Deutschnationalen, aber sobald es einermöglichen geht, wieder mit den Deutschnationalen. Die „Tägliche Rundschau“ gibt dem Zentrum und den Demokraten die Antwort, die ihnen die offizielle Leitung der Volkspartei bisher verweigert hat.

Was werden die beiden bürgerlichen Parteien tun, deren Pläne auf solche „diktatorische Weise“ zerlegt werden? Die Demokraten haben schon erklärt, daß sie sich an einer Regierung der Mitte nicht beteiligen werden. Nehliches hat man auch vom Zentrum gehört, doch sind dessen letzte Beschlüsse keinesfalls schon gefaßt. Für das Zentrum hätte die Große Koalition eine taktische Erleichterung bedeutet, sie hätte ihm den Ausgleich zwischen dem rechten und dem linken Flügel ermöglicht. Jetzt droht ihm ein neues Aufreißen der Gegensätze. Indes sei es nicht unsere Aufgabe, uns den Kopf anderer Leute zu zerbrechen. Für uns bedeutet die Auslösung der „Täglichen Rundschau“ eine wertvolle Klärung, die gewiß nicht ohne Einfluß auf die kommenden Parteiberatungen bleiben wird.

Kasperliade.

Der „Vorwärts“ wird entlarvt.

Die „Rote Fahne“ muß heute früh einen großen Straßenverkauf gehabt haben. Denn sie prangte mit der riesengroßen Leberschrift: „Der „Vorwärts“ gegen die Enteignung der Fürsten.“ Da mag wohl mancher neugierig geworden sein und sich gefragt haben: „Wer von beiden ist da verrückt geworden? Der „Vorwärts“ oder die „Rote Fahne“?

Oder sollten die meisten doch so klug gewesen sein, diese Frage selber zu entscheiden, ohne einen Groschen zu opfern? Die Zentrale der R.P.D. hat die Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Reichsbanner usw. in einem offenen Brief aufgefordert, eine Volksabstimmung über die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu veranstalten.

Demgegenüber hat der „Vorwärts“ darauf aufmerksam gemacht, daß solche Dinge erst in Ruhe überlegt sein müssen, ehe man öffentlichen Värm über sie erhebt. Eine Volksabstimmung kostet viel Geld, Arbeitergeld. Ehe man in dieser Zeit der Not Arbeitergeld zu solchen Zwecken opfert, müssen die Erfolgsaussichten genau gepüßt werden.

Daraus folgert die „Rote Fahne“, es sei unser Herzenswunsch, den Fürsten 500 bis 800 Millionen Mark zu belassen. Und sie fährt fort:

Ueber diese Frage müssen jetzt die Arbeiter in den Betrieben, die Erwerbslosen auf der Straße, die Beamten, Angestellten und Kriegssopfer, die gesamte wertvolle Bevölkerung entscheiden.

Der sozialdemokratische Parteivorstand erhebt es in letzter Zeit zur Gewohnheit, unsere Vorschläge für gemeinsame Kampfmaßnahmen, unsere sachlichen Angebote zur Bildung der proletarischen Einheitsfront unbeantwortet zu lassen. Er verhält sich zu unseren Aufforderungen so, wie ein scharfmacherischer Unternehmer zu den Lohnforderungen seiner Arbeiter. Diesem unwürdigen Spiel muß durch die sozialdemokratischen Parteimitglieder selbst ein Ende bereitet werden. Wir fordern die sozialdemokratischen Arbeiter in Groß-Berlin und im Reich auf, sich in Zuschriften an den „Vorwärts“ und an die „Rote Fahne“ zur Frage der Fürstenteignung zu äußern. Wir fordern sie auf, in allen Betrieben, in den Betriebsräten, in den Gewerkschaftsversammlungen, in den Mitgliederversammlungen ihrer eigenen Partei für den gemeinsamen Kampf gegen die Volksräuber Stellung zu nehmen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnt es nach wie vor ab, sich an Kasperle-Komödien, wie sie die R.P.D. von Zeit zu Zeit spielt, zu beteiligen. Wenn die R.P.D. ihre Briefe an den Parteivorstand veröffentlicht, dann muß sie sich eben mit der öffentlichen Antwort der sozialdemokratischen Parteipresse begnügen.

Wir sind gerne bereit, diese öffentliche Diskussion fortzusetzen. Wir fragen daher die „Rote Fahne“, ob die R.P.D.-Zentrale bereit ist, zur Finanzierung des Vorschlags, den sie macht und den sie für aussichtsreich hält, an sicherer Stelle zwei Millionen Goldmark zu hinterlegen.

Solange diese Frage nicht klar beantwortet ist, scheint uns allerdings eine weitere öffentliche Diskussion ziemlich überflüssig zu sein.

Auch die Befehle der „Roten Fahne“, die demnächst als „alte „Vorwärts“-Befehle verkleidet, uns ihre briefliche Aufwartung machen werden, bitten wir, sich bis zur Klärung dieser Vorfrage zu beruhigen.

Reichsbahn gegen Reichsfarben.

Ein aufreizendes Verbot.

Die die deutsche Reichsbahn aus dem Alleinbesitz des Reiches gelöst und zu einem Selbstverwaltungskörper gemacht wurde, entwickelt sie sich trotz ihrer demokratischen Spitze immer reaktionärer. Der neueste Streich wurde jetzt von der Reichsbahndirektion Breslau gegen die Reichsfarben geseiert. Der in Breslau tagende Demokratische Parteitag hat beantragt, daß an zwei Masten vor dem Hauptbahnhof die Fahnen in den Farben des Reichs gezogen würden, wie das nicht nur bei demokratischen Parteitagen an anderen Orten anstandslos der Fall war. Die Reichsbahndirektion Breslau lehnte das Ersuchen glatt ab und die Generaldirektion Berlin, bei der Beschwerde erhoben war, erteilte diesen bestätigenden Bescheid:

Berlin, 3. Dezember, 4.39 Uhr.

Wegen früherer Unzulänglichkeiten (!) lehnt Reichsbahndirektion Breslau Fahnenaufstellungen an Bahnhöfen vorläufig irgendetwelcher politischer Veranstaltungen grundsätzlich ab. Diese Ablehnung wird auch jeder anderen Partei gegenüber ausnahmslos durchgeführt. Bedauern sehr, dortigem Wunsch nicht entsprechen zu können.

Meres, Berlin.

für den Generaldirektor Dormmüller.

Diese bürokratische Handhabung der Geschäfte führt die Reichsbahn glücklich und mit Eizugstempo in den Zustand, in dem der wilhelminische Polizeistaat vor dem Kriege sich befand.

Die Notlage der Landwirtschaft.

Preussische Abhilfevorschlage.

Eine Denkschrift des Preussischen Landwirtschaftsministeriums an die Reichs- und Staatsregierung macht auf die schwere Notlage der Landwirtschaft aufmerksam und enthält Vorschläge für rasche Abhilfe. Die Denkschrift selbst wird noch veröffentlicht werden. Wir können aus ihrem Inhalt bereits jetzt folgendes mitteilen:

Die Personalschulden der preussischen Landwirtschaft werden auf 1,5 Milliarden Reichsmark angegeben, wovon etwa 820 Millionen noch vor der nächsten Ernte gezahlt werden sollen. Die Stundung eines großen Teils dieser Kredite wird in der Denkschrift befürwortet, aber das wichtigste wäre die Umwandlung großer Teile der Personalschulden in ertragliche Realschulden. Bei dem allgemeinen Kapitalmangel im Inland dürfte diese Umwandlung mit inländischen Mitteln nicht möglich sein, so daß die Aufnahme weiterer Auslandskredite unabwendbar erscheint. Dafür müßten die Anleihebedingungen günstiger als bisher gestaltet werden. Es müßten weiter die Zinsbedingungen inländischer Darlehen bedeutend gemildert werden.

Als dringend erforderlich für die Wiedergesundung der Landwirtschaft wird die Wiederherstellung des Preisgleichgewichts von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsgegenständen angesehen. Daneben werden Erleichterungen bei Festsetzung und Zahlung der Steuern, Vergünstigung auf dem Gebiete der Eisenbahnfrachten und insbesondere die Senkung des unerträglich hohen Zinsfußes als wirksame Mittel angesehen, um die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe wiederherzustellen.

Wenn nicht rasch geholfen und das Erstgenannte weiter Teile der Landwirtschaft nicht aufgehoben wird, so würde der Minderertrag an Bodenerzeugnissen die Notwendigkeit erhöhter Lebensmittelaufnahme aus dem Auslande, weitere Arbeiterentlassungen und mangelnde Abnahme von Industrieerzeugnissen durch die Landwirtschaft, somit auch Verschlechterung der Lage der Industrie nach sich ziehen. Es würden weiter die Einnahmen von Post, Eisenbahn und

Steuerfassen stark verringert werden. Aus allen diesen Gründen und vor allem im Interesse der allgemeinen Volksernahrung werden die kurz angeordneten Maßnahmen gefordert.

Die Steuerfabotage der Landwirtschaft.

Eine Anfrage.

Genossin Desreicher hat im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

In einer Sitzung des Kreislandwirtschaftsverbandes erklärte der Gutsbesitzer Wagner-Staguschten, ein Mitglied des Steueraussschusses, daß Besitzer unter 60 Morgen im Kreis Insterburg steuerfrei seien, Besitzer über 60 Morgen würden veranlagt, sofern sie nicht durch Buchführung nachweisen, daß sie kein Einkommen haben.

Tatsächlich seien aber die Verhältnisse so, daß von den Besitzern über 400 Morgen 80 Proz. von denen über 1000 Morgen 90 Proz. von der Einkommensteuer befreit seien. Der Präsident der Landwirtschaftskammer, Besitzer von 5000 Morgen, soll ebenfalls keine Einkommensteuer zahlen.

In Anbetracht dieser ganz ungeheuerlichen Vorgänge frage ich: Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß diese Angelegenheit auf das nachdrücklichste untersucht, die zum mindesten eigenartige Praxis der landwirtschaftlichen Buchführung einer gründlichen Nachprüfung unterzogen und Vorkehrungen getroffen werden, daß derartige Skandale sich nicht ausbreiten und nicht wiederholen können?

Im Reich der Großagrarien.

Wie ein Kleinbauer um sein Land gebracht wurde.

Im Landwirtschaftlichen Ausschuss des preussischen Landtags wurde eine Angelegenheit verhandelt, die ein großes Licht auf die Verhältnisse der Großagrarien auch in der landwirtschaftlichen Verwaltung zu werfen geeignet ist. Der Landwirt Durawa im Kreise Kummelsburg hatte es vom Kleinpächter bis zum Pächter einer bäuerlichen Stelle von 100 Morgen gebracht und dann vor etwa einem Jahre ein Anwesen von 56 Morgen gekauft. Aber die Genehmigung zum Kauf wurde von dem zuständigen Landrat nicht erteilt mit der Begründung, die Volksernahrung würde gefährdet (!), wenn Durawa die gekaufte Stelle in Betrieb nehmen würde. Nachdem sich Durawa lange Zeit bemüht hatte, gegen die Entscheidung anzukämpfen, wurde ihm durch den Regierungspräsidenten zu Köslin endgültig die Kaufgenehmigung verweigert.

Nach Lage der Dinge war so Durawa gezwungen, mit seiner Familie am 1. Dezember Haus und Hof zu verlassen. Anfang Oktober wurde die Angelegenheit Durawa zum erstenmal verhandelt im Landwirtschaftsausschuss, und der Ausschuss beschloß, da vollkommen widersprechende Gutachten über die landwirtschaftliche Tätigkeit des Durawa vorlagen, durch zwei Abgeordnete, die Abg. Kallauch (3.) und Meinde (Dem.) an Ort und Stelle Feststellungen machen zu lassen. Die Untersuchung ergab, daß der Landrat vollkommen falsch berichtet war und daß er sich selbst um diese wichtige Angelegenheit überhaupt nicht gekümmert hat. Er wurde nunmehr vom Landwirtschaftsminister zur nochmaligen Berichterstattung aufgefordert; hatte aber trotzdem noch so viel Gleichmut, daß er mehr als sechs Wochen ins Land gehen ließ, ehe er den vielfachen Aufforderungen zum Bericht nachkam.

Aus diesem Grunde konnte sich der Landwirtschaftliche Ausschuss erst am 1. Dezember, also an dem Tage, an dem die Familie Durawa auf die Straße gesetzt werden konnte, Stellung nehmen. Der Ausschuss beschloß einstimmig, daß Durawa anzusiedeln und für seine sofortige angemessene Unterbringung Sorge zu tragen ist. Das Staatsministerium möge gegen den Landrat einschreiten und evtl. ihn für die Vermögensschädigung haftbar machen.

Das australische Einwanderungsverbot gegen Deutsche und Österreicher wird aufgehoben.

Nacktkultur.

Von Paul Gutmann.

In Amerika, dem gelobten Land der Uebertreibungen, mußte sich eine Frau, deren sich der Ehemann in einem Scheidungsprozeß entledigen wollte, vor dem Richter und den Geschworenen bis zur Nacktheit entkleiden, um die Behauptung ihres Mannes, sie habe Negerblut, durch eine genaue Leibesuntersuchung nachprüfen zu lassen. Der Ehegatte, der einer der reichsten Familien angehört, konnte ihr keinen anderen Wackel anhängen, es sei denn den ihrer proletarischen Abstammung, wovon er aber bereits zur Zeit ihrer jungen Liebe sichere Kenntnis gehabt hatte. Die Schmach dieser Nacktdarstellung warf das Weib zu Boden. Wenn man übrigens bedenkt, daß die Nacktheit jenseits des Ozeans noch mehr versem ist als bei uns, so gewinnt die Rohheit dieses Vorgangs ein noch schlimmeres Aussehen.

Was beweist dieses besonders trasse Geschehnis? Wenn die Interessen einer Klasse und die damit zusammenhängenden Kassefragen, die ja auch nur ein Vorwand egoistischer Bestrebungen sind, verführt werden, so ist jedes Mittel recht, den Gegner zur Strecke zu bringen. Körperliche und seelische Scham gelten nichts gegenüber den Interessen des Geldbeutels und der Politik. Es wird als Verbrechen hingestellt, wenn ein Lehrer Knaben und Mädchen dazu anhält, ihre jungen Körper in Luft und Licht zu bewegen, aber ein angeblühter Tropfen Regierbuts, den eine schöne Frau in ihrem Körper haben könnte, dieses Verbrechen an der angelsächsischen Rasse genügt, um alle Bedenken des Anstands über den Hausen zu werfen.

Man behaupte darum nicht, daß die Nacktkultur in der sogenannten guten Gesellschaft verpönt sei. Die gute Gesellschaft feiert wahre Orgien auf diesem Gebiet. Ist es nicht Nacktkultur, wenn der Richter in einem gewöhnlichen Diebstahlsprozeß sich über die äußere Erscheinung der Angeklagten genaue Details ins Ohr flüsternd läßt? Wird nicht überoff geschäkelt, nicht nur in den körperlichen Gehirnen schöner Damen, sondern auch in allen Verborgenheiten der Gesinnung beim lieben Nächsten? War nicht der Ebert-Prozeß eine Kunstleistung wackerster Art auf diesem Gebiete? Und allenthalben in dieser moralisch so hoch dinstenden Gesellschaft werden berechnete seelische „Belange“ aufs groblteste verlebt. „Bei uns“, nämlich in der pommerischen Junkerkaste, wird ein Gastfreund, den man freundschaftlich zum Zweck der Beschneidung eingeladen hat, seelisch entleert und wegen eines Tropfens Regierbuts, vielmehr eines Tropfens nicht bornierter, sondern ein wenig normaler Gesinnung wie ein Hund verprügelt. Ueberall wird spioniert, gespielt, jegliches Realgehe gelüftet. Demokratische Befreiung gilt für schlimmer als drüben die Abstammung von Negern. In Pommern und Mecklenburg kann sich keiner das Hemd ausziehen, ohne daß der gute Nachbar von verdächtigen

Symptomen Kenntnis nähme. Man muß schon zu den echten Regern auswandern, um vor dieser schamlosen Beschneidung sicher zu sein.

Deutschland — das bücherreichste Land.

Weihnachten ist in Deutschland mehr als in anderen Ländern die Hauptzeit, in der man Bücher kauft, und wir haben uns wenigstens darin den Ruf des „Volkes der Denker und Dichter“ bewahrt, daß wir keinen Gabentisch unter dem Tischerbaum für vollständig halten, der nicht auch geistige Nahrung aufweist. Deshalb ist zu Weihnachten die Flut der Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt besonders groß, und nirgends sonst erscheinen zu dieser Zeit so viel Bücher als bei uns. Aber die Bücherfülle ist nicht nur auf Weihnachten beschränkt, sondern sie hält das ganze Jahr hindurch an. Deutschland ist das bücherreichste Land der Welt. Das zeigt deutlich die vergleichende Statistik über die deutsche und ausländische Buchproduktion in der Nachkriegszeit, die Ludwig Schönrod in dem Buch und der Zeitschrift gewidmeten Sonderheft der „Umschau“ veröffentlicht. So rechnet z. B. die gesamte Verlagsproduktion der Länder Großbritannien, Frankreich, Italien, Norwegen und Dänemark zusammen im Jahre 1922 noch nicht an die Zahl der Bücher heran, die in Deutschland allein in diesem einen Jahre hergestellt wurden.

In der Vorkriegszeit erschienen in Deutschland jährlich rund 35 000 buchhändlerische Veröffentlichungen, also etwa 100 Druckschriften am Tag. Dann brachte der Weltkrieg einen gewaltigen Rückgang, der 1918 mit knapp 15 000 Werken seinen Tiefstand erreichte. Trotz der wirtschaftlichen Krisen nach dem Kriege hat sich aber die deutsche Bucherzeugung auffallend rasch erholt, schneelte 1919 schon auf über 22 000 Exemplare, 1920 auf fast 28 000 Neuerscheinungen empor und konnte 1921 die hohe Produktionsziffer von fast 30 000 registrieren, die bereits 1922 noch um über 800 Stück überschritten wurde. Wie vor dem Kriege ist auch jetzt das wissenschaftliche Buch in Deutschland am verbreitetsten. Besonders Interesse fanden nach dem Kriege die Erscheinungen der Religionsphilosophie, und eine bevorzugte Gruppe waren auch die belletristischen Bücher und Jugendbüchlein. Luherordenmäßig stark vermehrt sind die Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Kunst und des Kunstgewerbes und auf dem von Sport und Spiel. An zweiter Stelle in der Buchproduktion standen im Jahre 1919 Großbritannien und die Vereinigten Staaten mit 8622 und 8594 Büchern. Dann aber überflügelte die britische Verlagsproduktion die Nordamerikas und erreichte in den folgenden Jahren gegen 11 000 Einheiten, wobei freilich die Zahlen der Vorkriegszeit mit 12 000 bis 13 000 Einheiten nicht erreicht wurden. Viel stärker ist die amerikanische Verlagsleistung in und nach dem Kriege zurückgegangen. Sie bewegte sich um 8500, während 1913 über 12 000 Druckschriften erschienen waren. Besonders interessant ist die Entwicklung Frankreichs, das 1913 11 000 Werke auf den Büchermarkt brachte, dagegen zu Anfang des Krieges nur noch 4000 pro Jahr. Dann aber begann der Aufstieg der Bucherzeugung, schon sehr früh, bereits 1916, und die Zahl der literaturwissenschaftlichen, der naturwissenschaftlichen und geographischen Bücher hat sich dann seit Kriegsende verdoppelt und verdreifacht. Die neutralen Länder erlebten während des Krieges einen Aufschwung ihrer Bucherzeugung, der nachher zurückging.

Der polnische Dichter Wladislaw Reymont ist in Warschau im 57. Lebensjahre gestorben. Für seinen großen Bauern-Roman hatte er den Nobelpreis für Literatur bekommen. Unfern Lesern ist er durch den Abdruck seines realistischen Romans *Podz* bekannt geworden, worin er von dieser merkwürdigen Industriestadt mit ihren Klassen- und nationalen Kämpfen ein höchst lebendiges Bild gibt.

Das mechanische Spielzeug — alter Kulturbesitz. Die meisten jener alternen Schläger, die jetzt in der Weihnachtszeit an sämtlichen Straßenecken eindringlich angepriesen werden, haben schon eine recht alte Geschichte hinter sich. So steht es z. B. fest, daß die Leggier ihren Kindern höchst naturistisch gearbeitete Krotobild zum Spielen gaben, die mit ihren zahnbewehrten Kiefern erschrecklich klapperten und knirschten, wenn das Kind am Schwanz des Tieres eine Schnur zog. Zweifellos ist auch, daß die Babylonier bereits wunderschöne Gelfenpuppen fabrizierten, nur waren sie nicht aus mehr oder minder häßlichem Stoff und nicht mit Sägespänen, Berg-Rohhaaren oder sonstigen Dingen gefüllt, sondern bestanden aus purem Elfenbein. Unsere Vorfater speziell belustigten sich als Kinder mit Ritterpuppen, die aufgezogen werden konnten und dann regelrechte Turniere gegeneinander ausfochten. Die Wackelpuppen, die erst im letzten oder vorletzten Jahre als große Neuheit gerühmt wurden, haben ihr Vorbild in einem Spielzeugstücken des Erzherzogs Friedrich von Tirol (Ende des 16. Jahrhunderts). In diesem Kasten gab es alle möglichen interessanten Tiere, die noch heute, wenn man sie in die Hand nimmt (der Spielkasten befindet sich in den Wiener Hofsammlungen) mit allen nur irgend verfügbaren Extremitäten zu wackeln beginnen. Das mechanische Prinzip dabei ist genau dasselbe, wie das bei den modernen Wackelfiguren.

Nur noch acht Jahre Petroleum in Amerika. Nach der „Chicago Tribune“ hat eine besondere Kommission, die im Auftrage des Präsidenten Coolidge prüfen sollte, wie es in Amerika mit dem Petroleum stehe, in ihrem vorläufigen Bericht erklärt, daß im Jahre 1933 die Petroleumquellen in den Vereinigten Staaten vollständig erschöpft sein würden. Man will nun Coolidge ersuchen, dahin zu wirken, daß der Petroleumverbrauch überall dort, wo er durch Kohle oder durch Elektrizität ersetzt werden kann, sofort aufgegeben werde. Man will ferner Maßnahmen gegen den Petroleumverbrauch der Automobilisten treffen.

Erstausführungen der Woche. Mont. Meines Th.: „Fuganten“. Erlangen-Th.: „Eine Station“. — Dienst. Kennis-Th.: „Maria Magdalena“. — Sonnab. Th. i. b. Kommandanten-Th.: „Die blonden Wablen“.

Wochen-Vorträge. Täglich: „Sibirien“. Sonn. (7): „Robann Strauß“. Mont. Dienst. Mittw.: „Sagarrat“. Mont. Sonnabend: „Zulanchamon“. Dienst. Mittw. Donn. (9): „K. Sulle über Nord. Donn. (7): „Prof. A. Trill über die Sprache der Dänen“. Freit. Sonnab. (9): „Der Himmel auf Erden“.

Subskribenten der Diktierabend. Aus den Werken der Subskribenten Schittlerer von heute nach Hilde Reimels-Dominik am 7. Dezember, 8 Uhr im Weidneraal, Ködener Straße 35, vorlesen. Studenten und Schüler, sowie Arbeiterjugend haben gegen Vorweisung ihrer Karte freie Eintritt.

Zerstörung einer Legende.

Die angebliche Juden Herrschaft in der Weltfinanz.

Zu den wichtigsten Waffen aus dem geistigen Arsenal der antisemitischen Reaktion gehört die Behauptung, daß die internationale Hochfinanz hauptsächlich von Juden geleitet und beherrscht wird. Diese Ansicht ist übrigens auch in nichtantisemitischen Kreisen vielfach verbreitet, nicht zuletzt in der Arbeiterschaft, sie wurde so oft und so lange in die Köpfe eingeschlämmt und es wurde ihr leider so wenig mit konkretem Tatsachenmaterial entgegengetreten, daß es kein Wunder ist, wenn sie tiefe Wurzeln im deutschen Volke gefaßt hat.

Da der Antisemitismus zu den übelsten und, wie die Erfahrung leider beweist, auch zu den wirksamsten Agitationsmitteln der Reaktion gehört, ist es vom Standpunkt der Arbeiterbewegung stets zu begrüßen, wenn etwas Nützliches geschieht, um ihn zu bekämpfen. So hat sich der Redakteur der „Vossischen Zeitung“, Dr. Richard Lewinsohn, ein Verdienst durch seine neue, bei Hoffmann u. Campe erschienene Schrift „Jüdische Weltfinanz?“ erworben.

Durch eine eindrucksvolle Zusammenstellung von Tatsachen und statistischem Material liefert er den erdrückenden Beweis dafür, daß die Behauptung einer jüdischen Vorherrschaft auf international-finanziellen Gebiet ein Märchen ist. Das internationale Kapital befindet sich weit mehr in arischen, als in jüdischen Händen; das gilt nicht nur für das Industriekapital, das fast ausschließlich „judenrein“ ist, sondern auch für das Bankkapital, wo der jüdische Einfluß weit geringer ist, als man vielfach glaubt. Das weist der Verfasser u. a. durch interessante statistische Tabellen aus einwandfreien ausländischen Quellen nach, die besonders auf die Verhältnisse in Amerika, das ja heute auf dem Gebiete der Wirtschaft ausschlaggebend ist, ein neues Licht werfen. Unter den zwölf Männern, die die höchsten Jahreseinkommen in den Vereinigten Staaten beziehen, befindet sich nur ein Jude, Otto H. Kahn, und dieser rangiert erst an neunter Stelle. Und unter den zwölf reichsten Männern der Welt befindet sich überhaupt kein Jude.

Kaum anders liegen die Verhältnisse in Deutschland, wo unter den reichsten Familien und sogar unter den führenden Köpfen der Wirtschaft die Juden nur eine untergeordnete Stellung einnehmen. Das gilt nicht nur für Industrie und Handel, sondern auch für das Bankwesen. Es ist übrigens sehr interessant, wie sich das Vermögen der vier reichsten Familien Deutschlands zwischen 1896 und 1908 entwickelt hat: Das Krupp'sche Vermögen stieg von 122 auf 187 Millionen, das Fürsten Haniel von 109 auf 177 Millionen, das des Fürsten Hohenhausen von 58 auf 151, während das Vermögen der jüdischen Rothschild-Familie von 216 auf 107 Millionen sank.

Es war dem Verfasser nicht schwer, nachzuweisen, daß die größten Kriegs- und Inflationsgewinne selbstverständlich die Industriemagnaten waren. Was er über die internationale Verflechtung der Rüstungsindustrien vor dem Kriege, über die Trübsbildungen nach dem Kriege, über die Besetzung der sozialdemokratischen Presse größtenteils schon bekannt. Das Hauptobjekt seiner Betrachtungen ist Hugo Stinnes, dessen rücksichtsloser Aufstieg in Kriegs- und Nachkriegszeit er eingehend schildert. Daß die Erben von Stinnes inzwischen Pleite gegangen sind, ändert nichts an der Tatsache, daß der typische Ausbeuter der deutschen Not ein Krieger war. Er deckt bei dieser Gelegenheit einige bisher wenig bekannte Züge des Verunsicherten auf, z. B. seine mit geschäftlichen Vorteilen verbundene politische Agententätigkeit in Schweden während des Krieges, und veröffentlicht u. a. eine Eingabe von Stinnes an den Staatssekretär Zimmermann, in der er entschieden vor dem Abschluß eines Separatfriedens mit Italien warnt, — weil dadurch die deutschen U-Boote im Mittelmeer künftig nicht mehr soviel Schiffe versenken könnten! Der „geniale“ Wirtschaftsführer Stinnes war eben nicht anderes als ein gefährlicher politischer Rindstumpf.

Der einzige Vorwurf, den man dem Verfasser machen kann, ist der, daß er sich allzu viel Mühe gegeben hat, die Hirngespinnste und Schwärmerereien der übelsten antisemitischen Kataktore wie Frick, Müller-Hausen, Lubendorf und Konforten ernsthaft zu widerlegen. Aber es muß zugegeben werden, daß es gegenüber dem Antisemitismus sehr schwer ist, eine Grenze zwischen ausgesprochenen Narren, böswilligen Chortoten und „ernsthaften“ Theoretikern zu ziehen.

Knebelung der Meinungsfreiheit.

Ein bezeichnender Erlaß des Reichswehrministeriums.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Anfrage des Genossen Künster eingebracht:

„Das Reichswehrministerium hat unter Nr. 1567/4. 25 In. I. IIIa einen Erlaß betr. Veröffentlichungen durch Heeresfachschullehrer bekannt gegeben. In diesem Erlaß wird u. a. den Heeresfachschullehrern folgendes vorgeschrieben:

„Dagegen unterliegen alle Veröffentlichungen, auch solche pädagogischen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Inhalts, der Genehmigungspflicht, in denen militärische Fragen, insbesondere Fragen der Gestaltung des Heeresunterrichts und der Heeresfachschulen irgendwie erörtert oder berührt werden.“

Durch diesen Erlaß wird der freie wissenschaftliche Gedankenaustausch unterbunden, wenn nicht unmöglich gemacht. Das beweist auch der zweite Absatz des Erlasses, in dem es heißt:

„Als Veröffentlichungen im Sinne dieses Erlasses gilt auch das Halten von öffentlichen Vorträgen, die Aufnahme von Bemerkungen und Abhandlungen in Fachzeitschriften oder in Abdrucken von Fachvorträgen.“

Dieser Erlaß hat in weitesten Kreisen der Wissenschaft und der Pädagogen lebhaften Befremden hervorgerufen, weil er die wissenschaftliche Lehr- und Meinungsfreiheit unterbindet. In der Praxis läuft dieser Erlaß darauf hinaus, daß er die Heeresfachschullehrer unter die Vormundschaft von Offizieren stellt. Diese mögen zwar gute Soldaten und militärische Fachmänner sein, als Beurteiler von lehrwissenschaftlichen und pädagogischen Fragen sind sie abzusehen, wenn nicht der eigentliche Sinn der Heeresfachschulen ins Gegenteil verkehrt werden soll.

Ich frage daher an: Ist das Reichswehrministerium bereit, 1. dafür Sorge zu tragen, daß den Heeresfachschullehrern ihre durch die Verfassung begründeten Rechte auf freie Meinungsäußerung nicht geschnitten werden, 2. die Bestimmungen aus dem Erlaß herauszunehmen, die den Erörterungen von Heeresfachschulfragen Fesseln anlegen.“

Genosse Renaudel wurde zum Präsidenten der Wahlrechtskommission der französischen Kammer an Stelle des zum Generalgouverneur von Indochina ernannten Alexander Varenne mit 20 gegen 18 Stimmen gewählt. Ansehts der von der Regierung geplanten Wahlreform kommt dieser Wahl besondere Bedeutung zu. Renaudel ist Anhänger des Verhältniswahlrechts, während sein Gegenüber, der Abg. Aréty für die Rückkehr zur Kreiswahl, d. h. zum Einzelwahlrecht eintritt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Liquidation deutschen Eigentums in Polen, die in Warschau am 24. November begannen, werden vom 16. Dezember ab in Berlin weitergeführt werden.

Funkbastler.

Der Funkbastler ist eine Erscheinung der Neuzeit. In den Jugendtagen des Rundfunks hatte es den Anschein, als ob eine hohe Behörde den Funkbastlern das Handwerk gründlich legen wollte. allerlei Sperrbestimmungen und nicht zuletzt der Zwang, Mitglied anerkannter Funkvereine sein zu müssen, hemmte die Tätigkeit der Bastler. Natürlich gab es genügend Funkfreunde, die allen gesetzlichen Bestimmungen zum Trotz ihr eigenes Funkgerät schafften und im geheimen benutzten. Man glaubte früher, daß die Industrie durch den Verkauf fertigen Geräts die besten Gewinne erzielen könnte. Mit der Zeit aber hat man einsehen gelernt, daß gerade durch die Herstellung und den Vertrieb von Einzelteilen, die auch den Bastler befähigen, sich hochwertiges Funkgerät herzustellen, der Industrie am besten gedient werde. Große Teile der Bevölkerung, die sich früher mit technischen Dingen kaum beschäftigt hatten, wurden von dieser Bewegung erfaßt. Die Bastler machten sich mit den Grundlagen der Elektrotechnik, vor allem auch mit der Hochfrequenztechnik so weit vertraut, als es den Zielen, die sie zu erreichen strebten, dienlich war. Welche schönen Ergebnisse, die gerade von Laien auf dem Gebiete des Funkwesens erzielt wurden, zeigt die Bastlerausstellung der „Sendung“, der bekannten Rundfunkzeitung, die in der „Urania“ in der Laubenstraße zu sehen ist. Fast alle Schichten der Bevölkerung sind an der Herstellung von Funkgeräten „im eigenen Betriebe“ beteiligt. Schüler, Arbeiter, Lehrer, Redakteure, Krankenpfleger, Metzger usw. Es ist ganz erstaunlich, mit welcher Sauberkeit und Folgerichtigkeit eine große Anzahl dieser Geräte aufgebaut wurde. Bedingung bei dieser Ausstellung war im allgemeinen, daß die von der „Sendung“ veröffentlichten Schaltungen, die von Professor Dr. H. Wigge gezeichnet und beschrieben waren, bei den Ausführungen zugrunde gelegt wurden. Es sind aber auch Geräte zur Ausstellung gelangt, die nicht zu den Sendungsschaltungen gehören. Im allgemeinen kann man sagen, daß diese Ausstellung ein Erfolg ist, und daß es schwer sein dürfte, die ausgelegten Preise gerecht zu verteilten. Mit wenigen Ausnahmen erscheint fast jedes Gerät eines Preises würdig. Die Ausstellung zeigt aber auch, wieviel Idealismus in der Bevölkerung zu finden ist und das ist vielleicht das schönste Ergebnis dieser Veranstaltung. Die Ausstellung ist nur noch bis zum Sonntag, und zwar vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 9 Uhr geöffnet. Bei stärkerem Besuch wäre zu wünschen, daß für ein schnelleres Zirkulieren der Schauobjekte gesorgt werde.

Altendiebstahl im Prozeß Bothmer.

Der Prozeß Bothmer ist zwischen gestern und heute um eine „Senfation“ reicher geworden. In der letzten Nacht hat ein Unbekannter aus dem Amtszimmer des Landgerichtsdirektors Dr. Westerkamp, der den Vorfall im Bothmer-Prozeß führte, einen Einbruch verübt und die Akten mit den Briefen der Gräfin von Bothmer entwendet. Der Einbrecher hat zum Schein noch in ein anderes Amtszimmer eingebrochen und dort kleinere Geldbeträge mitgenommen. Gestern nachmittag wurde vor dem Amtsgericht ein jüngerer Mann bemerkt, den man mit der Tat in Zusammenhang bringt. Bisher aber fehlt jede weitere Spur von ihm. Die Potsdamer Kriminalpolizei hat die notwendigen Nachforschungen aufgenommen.

Zur Affäre des Barons von Oppen. Oberleutnant Baron von Oppen ist heute dem Potsdamer Untersuchungsrichter Herrn von Fabianst vorgeführt worden. Schon seit langem munterte man in Potsdam, daß ein neuer Gesellschaftsstand im Anzuge sei. Das Gefängnis in der Lindenstraße zu Potsdam wird eine sehr vornehme Gesellschaft. Es wechseln in ihm Gräfin von Bothmer, Oberleutnant Baron von Oppen und ein Graf von Arco, der gleichfalls Betrügereien verübt hat und weiter ist demnachst eine Baronin jähig, die auch strafrechtlich nicht ganz einwandfrei sein soll.

Um die Verkehrssicherheit.

Aus Anlaß der Automobilausstellung hatte die „Deutsche Verkehrswehr“, deren Geschäftsstelle in Berlin W. 8, Krausenstr. 9/10 ist, die Vertreter aller 50 örtlichen Verkehrswehren Deutschlands zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen. Die Verhandlungen erbrachten den Beweis, daß der Gebante durch Erziehung der Kraftfahrer, Pferdebesitzer, Radfahrer und Fußgänger zur Selbstsücht im Straßenverkehr die allgemeine Verkehrssicherheit zu fördern, markiert. Einen breiten Raum in den Besprechungen nahm die Frage der Funktionäre der sogenannten Verkehrswehren ein, die aus allen Preisen der Fahrzeuglenker (Selbstfahrer und Berufsfahrer) ausgewählt sind, und mit Verständnis und Tatgefühl auf diejenigen Fahrer erzieherisch einwirken sollen, die die Verkehrsregelung nicht beachten. Als ganz besonders wertvoll und notwendig für die Erziehung zur Verkehrssicherheit wurde ein Pflichtunterricht in den Schulen bezeichnet. Der Vorstand der Deutschen Verkehrswehr wurde ersucht, bei den maßgebenden Stellen zur Einrichtung eines solchen Pflichtunterrichts hinzuwirken. In Berlin und Hannover ist ein solcher Unterricht bereits mehrfach durchgeführt worden. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, wegen besonderer Markierung und Sicherung der Eisenbahn- und Kleinbahnübergänge, die zum Teil recht mangelhaft erfolgt, bei den zuständigen Stellen Schritte zu unternehmen.

„Jugendherbergen.“

Vor einiger Zeit brachten wir im „Vorwärts“ einen Aufsatz, betitelt „Jugendherbergen“, der für die Errichtung von Jugendherbergen durch die Arbeiterportorganisationen behördliche Unterstützung forderte. Wir erhalten nun vom Verband für deutsche Jugendherbergen eine Zeitschrift, die wir lokalweise zum Abdruck bringen. Der Verband schreibt u. a.:

„Der Herbergsverband ist nicht aus der Wandervogelbewegung hervorgegangen. Einsichtige Mite erkannten die Not der wachsenden Jugend hinsichtlich des Obdachs und traten für sie ein. Der Herbergsverband ist nie bürgerlich gewesen und ist es auch heute nicht. Der Begründer, Lehrer Richard Schirrmann, auf Burg Wiens in Westfalen, erließ einen Ruf auf Errichtung von Herbergen, und zwar damals zunächst nur Volkshäuserherbergen, an Gemeinden, Regierungen, Wandervereine sowie an alle Freunde der Jugend. In eine Organisation dachte er zunächst gar nicht. Bis zum Ausbruch des Krieges gab es erst in wenigen Gebieten im Reich Jugendherbergen. Die Organisation erklang im Kriege und gleich hinterher. Oberster Grundgedanke für die Bildung der Zweigvereine und später der Ortsgruppen war von vornherein Ausbau auf breiterer Grundlage. Kein Zweigverein ohne Ortsgruppe und keine Ortsgruppe ohne Heranziehung der Linken geschaffen. Hat eine der mehr als 500 Ortsgruppen bewußt eine Ausnahme gemacht, so geschah es ganz gewiß nicht im Sinne der Verbandsleitung. Maßgebend für die Beurteilung der Gesamtorganisation sind die Satzungen und Beschlüsse des Gesamtverbandes, ist der Geist im Verbandsblatt, ist die Stellung zu den verschiedenen Richtungen. Wie steht es damit? Es war ein herausragender Führer des Arbeiterports, der auf einem Reichsherbergsloge sagte: „Auf dem Wege zur Natur gibt es kein Rechts und kein Links.“ Das gilt auch heute noch. Im Vorstand des Verbandes sitzt Staatssekretär Heinrich Schulz, in seinem Verwaltungsrat der hervorragenden Führer des Arbeiterports, Vertreter des ADGB, der SPD sowie zahlreicher freier Berufsverbände. Reichspräsident Ebert war ein warmherziger Förderer des Jugendherbergswerks. Der Burgwart der größten deutschen Jugendburg gehört der SPD an.“

Die „Naturfreunde“ haben ihre Eigenhelme geschaffen, und zwar viele und recht treffliche. Aber sie haben sie nicht engbrüßig für sich abgeschlossen, sondern der gesamten deutschen Jugend zur Mitbenutzung zugänglich gemacht. Steinberger-Rürnberg, der deutsche Hauptvertreter der „Naturfreunde“, ist 1. Vorsitzender unseres Zweigvereins Nordbapern, und Reichstagsabgeordneter Schred-Bielefeld, der keinem Naturfreund und Arbeiterportler unbekannt ist, 2. Vorsitzender unseres Zweigvereins Oberweier.

„Deshalb müssen die leitenden Stellen auf die Bedürfnisse und Wünsche der Arbeiterportler auch die entsprechende Rücksicht nehmen.“ So sagt der Einseher zum Schluß. Ganz einverstanden. Die Arbeiterportjugend ist in den Jugendherbergen genau so willkommen wie andere Gäste. Die Herbergsleiter fragen nicht nach Bekenntnis und Richtung.“

Die Ethik des Friedens.

Vor kurzem waren Parkett und Tribüne im Sitzungssaal des früheren Herrenhauses, das jetzt fast täglich kulturpolitische Veranstaltungen von Bedeutung erlebt, überfüllt. Der pazifistische Friedensbund deutscher Katholiken hatte zu einer Werbesammlung aufgerufen und dabei in Vater Franziskus Stratzmann einen Werber von Feuererfolg gefunden. Bei den katholischen Gläubigen kämpft der Vater für ein hehres Ziel, das auch das unsere ist: für den Frieden. So wie der „Friedensbund deutscher Katholiken“ zusammenarbeitet mit dem deutschen Friedenspartei und den übrigen deutschen Friedensgesellschaften, so ist auch Stratzmann kein Theoretiker, kein Sonntagsprediger, der Sonntags am Stammtisch der „Vaterländischen“ gern putzchen möchte. Klar und phrasenlos führt er den Beweis von der Sinnlosigkeit der Gewalt, von der Notwendigkeit des Friedens und des Rechts. Der Beweis ist zugleich Anklage, kein Pathos braucht da zu unterstützen: „Aus dem dienenden Militär war der herrschende Militarismus geworden; vor dem Kriege wurden 50 Proz. der Einnahmen für Heereszwecke verwendet, nur 9 Proz. zur Erziehung. Diese Umwertung aller Werte hatte mit dem Weltkrieg zur Folge. Alle von uns haben ihn in schmerzvoller Erinnerung. Man muß sich das einmal vorstellen: 10 Millionen Tote. Und wissen Sie, was das alles gekostet hat? 208 000 Millionen Dollar!“

So persönlich redet dieser Vater. Dabei bleibt er ganz bescheiden, ohne jede Reithorik, ohne jede Geste, wie ein Chronist berichtet er nur. Fast höflich fragt er jetzt: „Richt wahr, da ist es doch zu verstehen, wenn man diesem System des Unsinns ein System der Ordnung entgegenstellen will?“ Dann entwickelt er mit einer Schärfe, die an den Grafen Coudenhove-Calergi, den bekannten Vorkämpfer für Pan-Europa, erinnert, sein Programm; Hauptpunkte: Europa, Menschheit. „Eine geordnete Welt ist die Grundlage einer zivilisierten Welt. Die Weltfriedensbewegung muß gegen die Weltkriegsbewegung. Es gibt eine Pflicht zum Frieden, weil es eine Pflicht zur Liebe gibt. Lubendorf war gleichsam „der Krieg“, wer aber von seinen vielen Gegnern ist so leidenschaftlich, daß man von ihm sagen könnte, er ist „der Friede“? Jeder sei ein Apostel des Friedensgedankens! Der Stern von Vocarno ist gleichsam der moderne Stern von Betlehem. Was Vocarno bringen soll, gehört zum Programm von Betlehem: es ist der Friede.“

Da geriet der Vater zum erstenmal in glühende Begeisterung. Nicht unähnlich erging es auch seinen Zuhörern. Sicher wurde von ihnen ein großer Teil für die schöne Sache gewonnen.

Die Fememorde. Die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums hat seit Juni 5 Fälle von Fememorden restlos geklärt, zum Teil bis auf einige Nebenfragen, und die Täter und Anstifter, soweit man ihrer habhaft werden konnte, verhaftet. Die schon im Jahre 1922 aufgetauchten Angaben über ein „Teutonengrab“ bei dem Spandauer Forst Haasberg, worin eine Anzahl Opfer von Fememorden beerdigt sein sollen, haben sich als unzutreffend erwiesen.

Ein Opfer der Glätte scheint der 65jährige Rentempfänger Robert Reuwirt aus der Hasenheide 58 geworden zu sein. Der Mann wurde in der vergangenen Nacht vor dem Cafe Heine in der Hasenheide am Vorgartenzaun sitzend betnungslos aufgefunden. Er blutete stark aus einer schweren Kopfwunde. Eine Blutspur führte etwa 20 Meter weit am Zaun entlang. Die Kriminalpolizei des 111. Reviers brachte den Hilflofen, der nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab, nach dem Krankenhaus am Urban. Hier konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Eine Zuchthauseintragung deutscher Schäferhunde veranstaltete kürzlich auf dem Gemeindefest in der Schillerstraße 26 in Charlottenburg der Zuchtverein Deutscher Schäferhunde „DS.“. Infolge der degenerierenden Inzucht hatte der Verein seit längerer Zeit den Plan gefaßt, abtammungslose Rüden und Hündinnen zur Blutauffrischung in sein Zuchtbuch aufzunehmen. Am Sonntag war so den Hundebesitzern Gelegenheit geboten, ihren Hund eintragen zu lassen. Es waren etwa 30 Meldungen erfolgt. Kritisch wurden die Hunde betrachtet und geprüft. Bielelei Fragen waren noch nebenbei zu beantworten, ehe die Entscheidung des Schiedsgerichts gesprochen wurde. Der größte Teil der gemeldeten Hunde entsprach den Anforderungen einer Zuchtbuch-eintragung, nur einige Tiere, die unter 55 Zentimeter Körpergröße waren, mußten zurückgewiesen werden. Diese Zuchtbuch-eintragen beweisen, mit welchem Ernst der deutsche Hundesport betrieben wird, gilt es doch, nicht nur einen schönen und raffinen — sondern auch einen Gebrauchshund im wahren Sinne des Wortes zu züchten. Nachher fanden noch interessante Postzeihundvorführungen statt. Es wurden Springvorführungen und gute „Arbeit auf den Mann“ gezeigt, die den Beifall der Besucher fanden.

Die „kommunalen Blätter“ für Groß-Berlin, herausgegeben vom Bezirksverband Berlin der SPD, bringen im Dezemberheft (1925, Nr. 12) u. a. einen Artikel zur Wohlfahrtspflege (von Stadtv. Minna Lodenhagen), zwei Artikel über die Arbeitslosigkeit und die erforderlichen Hilfsmöglichkeiten (von Stadtrat Fabianke-Wedding und von Stadtv. Max Ulrich) und aus der sozialdemokratischen Stadterordnetenfraktion einen Bericht über die Zusammensetzung des Vorstandes und über die Vertretung der Fraktion in den ständigen Ausschüssen der Stadterordnetenversammlung.

Kurzarbeiter-Wochenlöhne verlängert! Die am 31. Dezember d. J. ablaufende Frist für die Ausgabe von Kurzarbeiter-Wochenlöhnen wird, wie die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mittels, bis auf weiteres verlängert.

Straße werden jetzt täglich nachmittags 2 und 4 Uhr im Grunewald veranstaltet. Treffpunkt an der Bahnstation Rennbahn Charlottenburg (Grunewald-Rennbahn).

Freiwillige Gemeldet. Sonntag vorm. 11 Uhr, Pappellager 18, Vortrag des Herrn Dr. Sturm: „Sprachwissenschaft und Geschichte“. Quartett: „Ras Margarete“ (Sonnet).

40 Bergleute verunglückt.

Boulder (Colorado), 5. Dezember. (M.T.B.) In der Hauptstraße des der Fairview-Minergesellschaft gehörenden Bergwerks ist ein Grubenbrand ausgebrochen, durch den 40 Bergleute in dem brennenden Bergwerk eingeschlossen worden sind. Sechs Rettungsabteilungen sind nach dem Ort des Unglücks abgegangen, da die an Ort und Stelle befindlichen Arbeiter infolge des Fehlens von Rauchschutzhelmen sich außerstande sahen, in die brennende Strecke einzudringen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Junageladene Gruppe Schöenberg; Bekämpfung der Raumerk-Funkanlage; Kirchplatz Sonntag früh 1/2 11 Uhr öffentlich Hof. Schöenberg.

Gewerkschaftsbewegung

Im Spiegel der Selbstkritik.

Konflikt über die russischen Gewerkschaften.

Der Vorsitzende des Allrussischen Gewerkschaftsrats Tomski hat zum bevorstehenden Kongress der kommunistischen Partei Russlands eine Anzahl Thesen über die Gewerkschaften ausgearbeitet, die in der „Pravda“ vom 21. November veröffentlicht sind. Diese Thesen sind vom Politischen Bureau des kommunistischen Zentralkomitees bestätigt worden, stellen also die Auffassung des leitenden Organs der kommunistischen Partei dar. Die Kritik an den russischen Gewerkschaften, gegeben durch ihren prominenten Führer, verdient die lebhafteste Beachtung aller, die sich für die russische Arbeiterbewegung interessieren. Da die kommunistische Presse diese Thesen ihren Lesern vorenthält, veröffentlichen wir sie. Es heißt in diesen Thesen:

„Die Gewerkschaften bleiben nicht nur hinter den Anforderungen der vorgeschrittenen Arbeiterschichten zurück, sie vermögen auch nicht, die neu hinzugekommenen Mitglieder zu erziehen und sind sogar nicht imstande, sie organisatorisch heranzuziehen, sie in elementarer Weise in den Kreis ihrer Organisationen zu ziehen. . . . Das zahlenmäßige Anwachsen der Gewerkschaften auf Kosten nichtproletarischer Elemente, ebenso wie die Verwundlung der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft in eine rein formale Angelegenheit, führt dahin, daß Personen, denen die Ziele, das Leben und die Tätigkeit ihrer Gewerkschaft völlig unbekannt sind, bereit sind, für ihr Mitgliedsbuch und für die durch die Mitgliedschaft gebotenen Vorrechte Beiträge zu zahlen. Daraus ergeben sich Fälle, wo gewerkschaftliche Mitgliedsbücher an andere Personen übergeben oder verkauft werden.“

Wie sich derartige Verhältnisse herausbilden konnten, ergibt sich aus der nachstehenden Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Thesen Tomskis:

„Uebertreibt mit mannigfaltigen wirtschaftlichen, politischen und öffentlichen Funktionen, vermögen die Gewerkschaften oft nicht, ihre Arbeit zu bewältigen; sie erwählen sich in ihrer Arbeit einseitig und schoben mitunter ihre hauptsächlichsten und wichtigsten Aufgaben: die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der von ihnen vereinigten Massen und die wirtschafliche Arbeit an der Hebung ihres materiellen und geistigen Niveaus in den Hintergrund. Dies führte notwendigerweise zur ungenügenden Beachtung der Anforderungen der breiten Massen durch die Gewerkschaften, zur Wiederaufhebung der Methoden des Kriegskommunismus, zur ungenügenden Beachtung wichtiger Einzelheiten der Gewerkschaftsarbeit, zur nachlässigen, mitunter sogar schlampigen Herausgabe der Mitgliederbeiträge, zu Verhörungen des Formalismus und der Beamtenwirtschaft.“

Nach dieser allgemeinen Kennzeichnung der roten Gewerkschaften schildert Tomski die einzelnen Mängel der russischen Gewerkschaftspropaganda:

„Die Welle der Verunreinigungen, die durch die unteren Gewerkschaftsorganisationen geht, erfordert einen energischen Kampf gegen dieses Uebel nicht nur von Seiten der Gewerkschaften und der Partei, sondern auch von Seiten des Staates. Gleichzeitig legt diese Erscheinung Zeugnis ab von den großen Mängeln der Gewerkschaften bei der Organisation ihres Finanzhaushaltes.“

Die Thesen fordern eine „periodische, öffentliche und einfache Rechnungslegung“ und eine sorgfältige Kontrolle.

„Man muß unbedingt dagegen ankämpfen, daß einzelne Behörden und Funktionäre der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane sich zu einem mißgestalteten Block zusammenschließen, der dahin führt, daß Gewerkschaftsinstanzen und ihre Vertreter in unrichtiger Weise alles gutheißen und verteidigen, was von den Leitungen der Wirtschaftsorgane vorge schlagen wird; das führt dahin, daß die Gewerkschaft sich in ein Anhängsel, in eine politische Abteilung bei den Wirtschaftsorganen verwandelt und ihre wichtigste Aufgabe ver gisst, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu vertreten und zu verteidigen.“

Es folgt nun folgendes Urteil über die Praxis der Tarifverträge in Rußland:

„Die bestehende Ordnung, bei der die Mehrzahl der Gewerkschaftsorgane einen Kollektivvertrag mit den Wirtschaftsorganen schließen, ohne die Stellungnahme der Arbeiter und von Angestellten zu jenen Verpflichtungen zu kennen, die in ihrem Namen von der Gewerkschaft übernommen werden, heißt für die Arbeiter wenig Autorität, dient als schlechte Garantie für die Wirtschaftsorgane und muß deshalb umgeändert werden. Es muß zur Regel werden, daß der Kollektivvertrag in seinen wichtigsten Teilen in großen Arbeiterversammlungen erörtert wird.“

Ueber Streiks in den Privatbetrieben heißt es:

„Es muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden gegen den Versuch einzelner Gewerkschaften, den administrativen Druck durch die Staatsorgane an die Stelle des Klassenkampfes des Arbeiterverbandes gegen den privaten kapitalistischen Unternehmer zu setzen, in dessen Geiste die Arbeiter in den Privatbetrieben erzogen werden müssen.“

Tomskis Thesen berühren auch den wunden Punkt über die Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und den Gewerkschaften. Zunächst schwört Tomski seiner Partei ewige Treue, indem er erklärt: „Ihre Ausgaben vermögen die Gewerkschaften nur unter

der Leitung der kommunistischen Partei Rußlands als des Vortrupps und der Leiterin der Arbeiterklasse als Ganzes zu verwirklichen.“ Gleichzeitig verfährt er sich auch nicht der Tatsache, daß die Gewerkschaftsarbeit infolge der kommunistischen Leitung in ihrem Wesen verjerrt worden ist:

„Neben der Kleinlichen Einmischung der Parteinstanzen in die alltägliche Arbeit der Gewerkschaften zeigte sich eine leichtfertige Auswahl der leitenden Gewerkschaftsfunktionäre, ihr häufiger Wechsel, der die Demokratie in den Gewerkschaften verfehlte; es zeigte sich auch in der Praxis, daß die meisten Fragen über Arbeitsbedingungen, Arbeitslöhne, Kollektivverträge usw. der Entscheidung der Parteinstanzen unterbreitet wurden, wodurch die normalen Methoden der Gewerkschaftsarbeit verfehlt und das Ansehen der Gewerkschaften in den breiten Massen herabgedrückt wurde.“

Diese Ausführungen sind sehr bemerkenswert. Wenn Tomski seine absolute kommunistische Superfälligkeit beteuert, so sieht man doch aus jeder Zeile den heroischen Kampf, den einsichtige russische Gewerkschafter nicht nur gegen die Rückständigkeit der Arbeiter und gegen deren wirtschaftliche Ausbeutung führen müssen, sondern vor allem gegen die Umklammerung der regierenden Partei, die bestrebt ist, die Gewerkschaften zu untergeordneten Hilfsorganen des Staates zu machen. Dieser Kampf ist in Rußland nicht ohne Gefahren. Wenn unseren Lesern diese Ausführungen Tomskis auch nichts Neues sagen, so ist es doch gut, daß die autoritative gewerkschaftliche Persönlichkeit Rußlands wieder einmal bestätigt, was wir so oft ausgesprochen haben.

Achtstundentag — Doppelberuf — Arbeitslosigkeit.

Ein Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Vom Deutschen Arbeiterverband wird uns geschrieben: Dem Verlangen der deutschen Arbeiterschaft auf gesetzliche Regelung des Achtstundentages durch Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes bzw. durch Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ist von der Reichsregierung und dem Reichstag noch immer nicht Rechnung getragen worden. So haben wir auf der einen Seite ein Stocken der Gesamtwirtschaft und infolgedessen Entlassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten und Vermehrung der Zahl der Arbeitslosen, auf der anderen Seite das Verlangen der Unternehmer nach Leistung von Ueberstunden, dann Feststellung von „Ueberverdienst“ mit folgender Lohnherabsetzung. Wo ein Durcheinander und Gegeneinander, ohne daß die Reichsregierung Anstalten macht, diesem der Gesamtwirtschaft Verderben bringenden System durch Gesetzesmaßnahmen ein Ende zu bereiten.

Während die Zahl der Arbeitslosen von Woche zu Woche wächst, kann festgestellt werden, daß Tausende von Arbeitern, Angestellten und Beamten meist infolge ganz unzulänglicher Bezahlung einen Doppelberuf betreiben. Wieviel Arbeiter, Angestellte und Beamte betätigen sich abends als Pianowirer in Kinos und Theatern, als Kellner in Restaurants und Saalgeschäften und als Rusiker in Cafés, Kinos und vor allen Dingen in Tanzsälen und bei Vereins- und Privatfestlichkeiten. Gerade die Inhaber solcher Betriebe, die täglich über zu hohe Luftballonsteuern und nach Verärgerung der Polizeistunde schreiben, beschäftigen zum größten Teil Leute, die schon am Tage eine Beschäftigung haben und die Einnahmen aus der Abendbeschäftigung als einen angenehmen Nebenverdienst betrachten.

Will man diesem egoistischen Treiben einen Riegel vorschieben und Arbeit für die Arbeitslosen schaffen, dann darf man nicht nur das Washingtoner Abkommen ratifizieren, sondern muß auch das Arbeitszeitgesetz so gestalten, daß die Möglichkeit eines Doppelberufes unterbunden wird. Deshalb muß das Arbeitszeitgesetz auch Strafbestimmungen enthalten, die deutlich belegen, daß eine Uebererschreitung des gesetzlichen Normalarbeitslages auch dann als strafbar angesehen wird, wenn sie in der Form entgeltlicher Nebenbeschäftigung bei einem anderen Unternehmer oder in einem anderen Betriebe sich vollzieht.

Nicht nur die Arbeiterschaft hat das größte Interesse daran, daß jede Arbeit zu entlohnend wird, um dem Arbeiter eine ausreichende Existenz zu ermöglichen. Es liegt auch im Interesse des gesamten Volkes, daß mit dem verderblichen System einer effektiven zwölf- und vierzehnstündigen Arbeitszeit der Doppelberuf aufgeräumt wird. Ganz abgesehen davon, daß bei einer solchen Arbeitszeit die Arbeitsleistung herabgedrückt wird, die Kranken- und Unfallzahl steigt, kann von einem Familienleben, von Kindererziehung unter solchen Umständen keine Rede sein.

„Die Arbeitslosen im Gastwirtsgewerbe.“

Mit dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 559 des „Vorwärts“ die von einer Versammlung der arbeitslosen gastwirtschaftlichen Arbeitnehmer gefasste Entschliessung zum Ausdruck, die sich u. a. gegen die Fachabteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises richtete.

Das Landesarbeitsamt Berlin erklärte nun hierzu:

„Die Klage über die unzureichenden Räume, in denen die Fachabteilung für das Gastwirtsgewerbe untergebracht ist, ist zum Teil berechtigt. Eine frühere Feuerwache wurde als Arbeitsnachweis umgebaut. Es entspricht jedoch nicht den Tatsachen, daß keine Heizungsmöglichkeiten vorhanden sind und die Aufnahmestellen von Ungelesener wimmeln.“

Das Landesarbeitsamt ist seit Jahresfrist bemüht, andere geeignete Räume für den Arbeitsnachweis zu finden. Eine Unterbringung in Mieträumen kommt jedoch kaum in Frage, weil kein Hauswirt eine Dienststelle mit großem Publikumsverkehr gern aufnimmt und der Ankauf eines Hauses bisher an der ungünstigen

Finanzlage der Stadtverwaltung gescheitert ist. Es schweben jedoch nach dieser Richtung neue Verhandlungen.

Einen Ruf nach der offenen Stellen sieht der § 40 des ArbZG, der die Vermittlungstätigkeit regelt, nicht vor.

Gegen die Winklervermittlungsgesellschaften führt das Landesarbeitsamt einen scharfen Kampf. Es ist in zahlreichen Fällen bereits gelungen, Verurteilungen herbeizuführen.

Ratten und Mäuse in der Arbeitergarderobe.

In der Turbinenfabrik der AEG in der Huttenstraße werden den Arbeitern Garderobenschränke zur Verfügung gestellt, die sie laut Arbeitsordnung benutzen müssen. Die Schränke bestehen aus negativ durchbrochenem Eisenblech. Sie sollen den Vorzug haben, daß die Luft in ihnen zirkulieren und feuchte Kleider trocknen kann. Aber ein Nachteil ist es, daß nicht nur die Luft, sondern auch hungrige Mäuse durch die Maschen des Blechschirms Eingang finden und ihre Zerstörungswert an den Kleidern der Arbeiter verrichten. Ratten können zwar nicht in die Schränke eindringen, aber sie klettern außen an dem Regwerk empor und streifen an, was ihnen erreichbar ist.

Zwei Arbeiter, deren Kleider durch die hungrigen Nagetiere beschädigt wurden, forderten durch Klage beim Gewerbegericht Schadenersatz von der Firma. Diese bestritt, daß sie verpflichtet sei, für den Schaden aufzukommen, denn die Ratten- und Mäuseplage sei in der Huttenstraße so arg, daß alle Mittel zur Bekämpfung derselben erfolglos blieben. Die Firma lasse von Zeit zu Zeit Gift legen, sie lasse Fallen aufstellen, sie halte Ratten und Mäuse einem Manne, der die Rattenjagd als Sport betreibt, das Fabrikgrundstück als Jagdgebiet zur Verfügung. Die Firma habe also alles getan, um das Uebel zu bekämpfen.

Das Gericht verurteilte die Firma zum Ersatz des Schadens in der von den Klägern geforderten Höhe. Zur Begründung des Urteils wurde ausgeführt: Eine Fabrikhaftigkeit der Firma liege darin, daß sie bei Anschaffung der Schränke, die ja unter gewöhnlichen Verhältnissen gut und zweckmäßig sein mögen, nicht Rücksicht genommen habe auf die durch die Ratten- und Mäuseplage in der Huttenstraße verursachten eigenartigen Verhältnisse. Da sich die Arbeiter schon früher über die Ungezieferplage beschwert hatten, hätte die Firma für entsprechende Veränderungen zum Schutz der Kleider gegen Ratten- und Mäusefraß Sorge tragen müssen.

Schiedspruch für die Angestellten des Ruhrbergbaues.

Bochum, 5. Dezember. (Ruh.) Für die kaufmännischen und technischen Angestellten des Ruhrbergbaues wurde gestern folgender Schiedspruch gefällt: Das zum 30. November gekündigte Gehaltsabkommen vom 12. Januar 1925 wird mit Wirkung vom 1. Dezember 1925 wieder in Kraft gesetzt. Es kann mit einmonatiger Frist zum Monatschluß, erstmalig zum 31. Januar 1926 gekündigt werden. Erklärungsfrist bis 7. Dezember 1925.

Theater der Woche.

Vom 6. Dezember bis 11. Dezember 1925.

Königsplatz: 6. bis 8. und 10. bis 14. Von Oudizette. 9. Der Kaufmann von Venedig. — Opernhaus: 6. Africanerin. 7. Wiedemann. 8. Wiedemann. 9. Verkauft. 10. Rigenor. 11. Interner. 12. Carmen. 13. Tannhäuser. 14. Kaufmann von Venedig. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Stadttheater: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina. 12. Journalisten. — Schauspielhaus: 6. 8. 9. 11. und 12. Romeo und Julia. 7. Journalisten. 10. Der Günstling. 11. Die Schindlerfamilie. Die große Katharina.